

## Angriff auf Flotte: Israel will Klarheit

**JERUSALEM.** Ob die Gaza-Blockade legal ist und ob der Angriff auf das türkische Schiff «Mavi Marmara» gerechtfertigt war, der zu neun Todesopfern führte: Dies soll nun eine israelische Untersuchungskommission herausfinden. Die Regierung entschied gestern über das dreiköpfige Team unter dem Vorsitz von Jakob Tirkel, ehemals Richter am Obersten Gerichtshof in Jerusalem. Internationale Beobachter sind der irische Friedensnobelpreisträger David Trimble sowie der Kanadier Ken Watkin, früherer Brigadegeneral und Staatsanwalt.

### Keine Vertreter der Türkei

Die Untersuchungskommission soll auch Aufschluss über die Passagiere auf der «Mavi Marmara» liefern. «Es wäre deshalb sinnvoll gewesen, wenn auch die Türkei in der Kommission vertreten gewesen wäre», meint Raanan Sulitzeanu-Kenan von der Hebräischen Universität in Jerusalem, der dennoch auf die Kooperation Ankaras hofft. Das Ausserministerium dort liess jedoch verlauten, die Türkei bringe der Untersuchungskommission kein Vertrauen entgegen. Die radikalislamische Hamas kritisierte, es sei «unmöglich, dass der Verbrecher sein eigenes Verbrechen untersucht», wie ein Sprecher in Gaza sagte.

### Beschränkte Befugnisse

Grundsätzlich ist die Kommission auf die Kooperationsbereitschaft der zuständigen Minister und der Militärführung angewiesen, wenn sie die Hintergründe prüft, die Ende Mai zu dem blutigen Marineinsatz gegen die Gaza-Flotte führten. Sie ist nicht befugt, Zeugen unter Eid zu stellen. Tirkel kündigte zudem an, «kein Freund von persönlichen Empfehlungen» zu sein.

Unklar ist, inwieweit die beiden ausländischen Beobachter Einfluss nehmen können. «Es handelt sich um zwei sehr ernstzunehmende Juristen», meint Sulitzeanu-Kenan. «Sie werden sich sicher einmischen und ihre Meinung kundtun», wenn es etwa darum gehe zu prüfen, ob auch Alternativen zum Angriff erwogen worden seien. *Susanne Knaut*

# Hoffen auf russische Truppen

In Kirgisien könnte sich Moskau als Ordnungsmacht profilieren und seinen Einfluss in Zentralasien wieder stärken. Doch Präsident Medwedew zögert. Gestern gab es in Kirgisien allerdings Gerüchte über eine Truppenverlegung.

CHRISTIAN WEISFLOG

**MOSKAU.** Der Kreml betrachtet Mittelasien als seinen Hinterhof. Mit allen Mitteln kämpft er gegen den wachsenden Einfluss der USA und Chinas. Doch nun, da Kirgisien angesichts der ethnischen Unruhen im Südes des Landes um russische Soldaten bittet, zögert Moskau einzugreifen. Die Unruhen seien eine innere Angelegenheit, sagte Präsident Medwedew am Samstag. Mit dieser Begründung lehnte er die Bitte der kirgisischen Übergangsregierung ab, russische Truppen zu entsenden. In jenem Moment war bereits klar, dass die kirgisischen Sicherheitskräfte die Kontrolle über den Süden des Landes verloren hatten. Auch gestern kam es in Osch und Jalal-Abad, den beiden grossen Städten des Südens, zu Plünderungen und Schiessereien.

### Zehntausende auf der Flucht

Bei den Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken kamen in den vergangenen fünf Tagen über 120 Menschen ums Leben, über 1500 wurden verletzt. Augenzeugen gehen jedoch von mehreren hundert Toten aus. «Das ist ein Genozid», sagte eine verzweifelte Usbekin gegenüber Radio «Echo Moskwy» gestern. Nachdem Usbekistan von Sonntag bis gestern die Grenzen geöffnet hatte, flüchteten rund 80000 Usbeken ins Nachbarland. Im ohnehin armen Süden Kirgisiens droht eine humanitäre Katastrophe; das IKRK hat gestern einen Hilfsappell erlassen.

Mit einem schnellen Eingreifen hätte Russland manches Leid ver-



Bild: ap/Anvar Ilyasov

**Aus Kirgisien geflüchtete Usbeken:** Hilfsorganisationen in Usbekistan verteilen Fladenbrote.

hindern können. Als in Osch am Samstag das Gerücht über eine baldige Ankunft russischer Soldaten zirkulierte, verringerte sich die Zahl bewaffneter Männer auf den Strassen spürbar. Doch die ersehnte Hilfe aus Moskau kam nicht, das Morden ging weiter.

### Testfall für Russlands Anti-Nato

Medwedews Zögern und auch seine Begründung dafür erstaunt. Denn Moskau hat in den vergangenen Jahren versucht, die ehemaligen Sowjetrepubliken in einem kollektiven Verteidigungsbündnis nach dem Vorbild der Nato zu vereinen. Zu der Allianz mit dem Kürzel ODKB gehört auch Kirgisien. Auf russische Initiative hin wurde unlängst die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe beschlossen. Die Unruhen in Kirgisien wären nun eine ideale Gelegenheit gewesen, um diesen

Mechanismus im Ernstfall zu testen.

Ein zweites von Moskau lanciertes Regionalbündnis ist die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Zu ihr gehört neben den zentralasiatischen Staaten auch China. Vergangene Woche tagte ein SOZ-Gipfel in der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Doch auch dieses regionale Gremium war zu keiner Handlung fähig.

Mit Hilfe dieser Bündnisse wollte Russland vor allem den Einfluss der USA in Zentralasien schwächen. Noch vor einem Jahr hatte Moskau dem damaligen kirgisischen Präsidenten Bakijew Finanzhilfen von über zwei Milliarden Dollar versprochen, wenn er im Gegenzug die amerikanische Luftwaffenbasis in seinem Land schliesst. Bakijew nahm das russische Geld gerne entgegen, den

US-Stützpunkt schloss er aber nicht. Der kirgisische Präsident nutzte die Gelegenheit allerdings, um Washington einen wesentlich höheren Pachtpreis abzupressen. Denn für die USA ist die Basis in Manas ein wichtiger Versorgungsstützpunkt für die Operationen in Afghanistan.

### Obama lässt Medwedew Vortritt

Durch diese Hinterlist hat sich Bakijew in Moskau jedoch diskreditiert. Nachdem er im April von einem wütenden Mob aus dem Präsidentenpalast vertrieben wurde, war es Russland, das die Übergangsregierung von Rosa Otunbajewa als erstes Land anerkannte. Die USA warteten hingegen lange zu, bevor sie den Umsturz in Kirgisien guthiessen.

Auch jetzt scheint US-Präsident Obama dem Kreml den Vortritt lassen zu wollen. Moskau

hatte die amerikanische Präsenz in Zentralasien immer wieder harsch kritisiert. Nun bietet Obama Russland fast demonstrativ die Möglichkeit, seinen Anspruch als Platzhirsch mit Taten zu beweisen. «Doch möglicherweise fehlen der russischen Armee dazu die Mittel», erklärt der Militär-Experte Alexander Golts das russische Zögern.

Ganz vom Tisch ist eine russische Intervention aber anscheinend noch nicht. Präsident Medwedew führte gestern Gespräche im Rahmen der ODKB. Am Sonntag verstärkte Moskau sein Truppenkontingent auf seinem nordkirgisischen Stützpunkt um 300 Mann. Und gestern meldete die kirgisische Nachrichtenagentur Akipress, der Flughafen Osch bereite sich auf die Ankunft russischer Soldaten vor. War das mehr als nur Wunschdenken?

## Afghanen sitzen auf einer Goldgrube

Laut einer neuen amerikanischen Studie besitzt Afghanistan umfangreiche, bisher unbekannte Rohstoffvorkommen. Damit werden neue Interessen für das Land geweckt.

WILLI GERMUND

**KABUL.** Afghanistan, über Jahrhunderte der «Friedhof der Eroberer», hat das Potenzial, sich für die Welt zum «Saudi-Arabien des Lithiums» zu wandeln. Das behaupten Geologen des US-Verteidigungsministeriums, die jahrelang die kargen Berge am Hindukusch untersuchten und nun ihre Ergebnisse veröffentlichten. «Das gibt atemberaubende Möglichkeiten», schwärmte der Kommandant des US-Central Command, General David H. Petraeus, «es gibt zwar noch eine Menge an Wenn und Aber, doch ich denke, dass die Funde sehr bedeutend sind.»

Wichtig sind sie gegenwärtig in erster Linie für die Regierungen des Westens, die angesichts steigender Verluste der 130000 in Afghanistan stationierten Soldaten und nur wenigen vorzeigbaren Erfolgen unter wachsendem Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Wählern stehen. Während von Washington bis Berlin Abzugszenarien entworfen werden,

unterstützen die Rohstoff-Funde die Geostrategen, die eine permanente westliche Militärpräsenz in Afghanistan propagieren.

### Bisher kein Bergbauland

Lithium ist der Stoff, aus dem etwa die kleinen Batterien für Mobiltelefone und Smartphones hergestellt werden. Bislang ist hierbei Bolivien Weltmarktführer. Doch exakt unter der menschenfeindlichen Wüstenlandschaft der Provinz Ghazni soll sich unter einigen Salzseen ein Schatz verstecken, der bis zu einer Billion US-Dollar wert ist. Damit nicht genug: In Afghanistan gibt es laut den Pentagon-Geologen auch Gold in bislang unbekannter Menge. Ausserdem Niobium, das für die Supraleitung gebraucht wird. Die Ausbeutung dieser Rohstoffe könnte dereinst den blühenden Opium-Export zur Randerscheinung werden lassen.

Bislang kennt Afghanistan Bergbau nur in Kleinbetrieben; abgebaut wird etwa Lapislazuli oder Kohle. Vor zwei Jahren si-

cherte sich ein chinesisches Konsortium die Abbaurechte für ein riesiges Kupfervorkommen in der Logar-Provinz. Die Firma, so behaupten die USA, hatte dem damals zuständigen Bergbauminister zuvor 30 Millionen Dollar für sein Privatkonto in Dubai eingezahlt. Rahman Ashraf, ein in Tübingen ausgebildeter Geologe und Berater von Präsident Hamid Karzai, setzt grosse Hoffnung in das Vier-Milliarden-Dollar-Projekt, das sogar den Bau einer Eisenbahn nach China vorsieht. «Ein solches industrielles Projekt schafft Arbeitsplätze in einer Gegend, in der es bislang nur Landwirtschaft gibt.»

### Neue Interessen geweckt

Und Krieg. Viele der Vorkommen liegen in besonders umkämpften Gebieten entlang der Grenze zu Pakistan und im Süden des Landes. Die Veröffentlichung der Rohstoffvorkommen fällt zudem in eine brisante Zeit. Angesichts des absehbaren Abzugs der Nato aus Afghanistan versuchen

verschiedene Regionalmächte und Staaten mit strategischen Interessen, sich am Hindukusch neu zu positionieren. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht Indien etwa, die Afghanistan bislang als Chance betrachtete, Pakistan das Leben schwerzumachen, wird nun auch hungrig auf die Bodenschätze schauen. Auch China dürfte seine Chance suchen, ebenso wie Pakistan und Iran.

### «Nicht Hilfe im Vordergrund»

Neun Jahre nachdem der Westen in Afghanistan antrat, um die islamistische Terrorbedrohung in aller Welt zu bekämpfen, ändert sich damit der Charakter des Konflikts. Afghanen wie der Provinzpolitiker Haji Mohamed Ehsan in der Stadt Kandahar fühlen sich bestätigt. «Es ist gut, dass die USA die Taliban und Al Qaida bekämpfen», sagt er, «aber ich war immer überzeugt, dass nicht die Hilfe für Afghanistan, sondern das Eigeninteresse im Vordergrund des westlichen Engagements standen hat.»

## Belgien: Mit Separatisten eine Regierung bilden?

*Nach dem Triumph der flämischen Separatisten bei der Parlamentswahl in Belgien hat eine schwierige Regierungsbildung begonnen.*

**BRÜSSEL.** König Albert traf sich gestern mit dem scheidenden Ministerpräsidenten Yves Leterme und nahm dessen Rücktrittsgesuch offiziell entgegen. Der Christdemokrat hatte 2007 neun Monate gebraucht, um seine Koalition zu schmieden. Im April scheiterte seine Regierung an einem Streit zwischen Flamen und Wallonen über einen Wahlkreis.

### Der König sondiert

König Albert wollte sich zudem so schnell wie möglich mit den Vorsitzenden der verschiedenen Parteien treffen. Angekündigt war gestern noch ein Treffen mit Wahlsieger Bart De Wever von der Neuen Flämischen Allianz (NVA). Zum ersten Mal bei einer Wahl auf nationaler Ebene siegte am Wochenende in Belgien eine Partei, die offen für eine Aufspaltung des Landes eintritt. Die NVA ver-

fügt nach dem gestern abend noch nicht offiziellen Endergebnis über 27 Sitze und damit über ein Mandat mehr als die Sozialisten (PS), die aber im französischsprachigen Wallonien stärkste Kraft wurden. Zusammen mit den flämischen Sozialisten könnte die PS trotzdem die grösste Gruppe im Parlament stellen und dadurch PS-Chef Elio di Rupo zum neuen Ministerpräsidenten werden.

### EU-Vorsitz ohne Regierung?

Während des Wahlkampfes hatte De Wever erklärt, es ziehe ihn nicht ins Amt des Regierungschefs in einem vereinten Belgien, weil man dann Wahlversprechen aufgeben müsse. Vielmehr sei er zu einer Vereinbarung bereit, die zum ersten Mal seit 1974 einen Frankophonen an die Spitze der Regierung liesse – wenn dafür Flandern mit mehr Rechten ausgestattet würde. Trotzdem wird befürchtet, dass sich die Regierungsbildung in die Länge ziehen und auch bis zu Belgiens Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli noch nicht abgeschlossen sein könnte. (rtt)